

05/2009

2015
aktuell

27. Mai 2009

1. UN-Konferenz verschoben
2. EU-Entwicklungsministertreffen in Brüssel
3. Netzwerk für Innovative Finanzierungsinstrumente gegründet
4. NRO-Forderungen zum G8-Gipfel
5. African Economic Outlook 2009
6. Landkäufe zu Lasten der Armen?
7. GKKE fordert mehr entwicklungspolitische Kohärenz
8. Bericht zur Lage der Welt 2009

*Kurz notiert
Termine*

1. UN-Konferenz verschoben

Die vom 1. bis 3. Juni 2009 geplante UN-Konferenz zur globalen Wirtschafts- und Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf Entwicklung ist kurzfristig verschoben worden. Als neuer Termin wurde der 24. bis 26. Juni festgelegt. Der Präsident der UN-Generalversammlung Miguel D`Escoto Brockmann hatte den Finanzkrisengipfel – gemäß des Beschlusses der Doha-Konferenz Ende 2008 – einberufen, um alle 192-UN-Mitgliedsländer bei der Lösungssuche zur globalen Krise zu beteiligen. D`Escoto begründete die Verschiebung damit, dass die Delegationen noch mehr Zeit bei den Verhandlungen zum Entwurf des Abschlussdokuments benötigten. Verschiedene Entwürfe der Abschlusserklärung waren in den vergangenen Wochen kontrovers diskutiert worden. Der vorliegende Entwurf des Abschlussdokuments fordert ein stärkeres staatliches Eingreifen in die Wirtschaft, die Ablösung des US-Dollar als Reservewährung sowie eine stärkere Berücksichtigung entwicklungspolitischer Ziele im Rahmen des globalen Krisenmanagements.

www.un.org/ga/econcrisissummit

Bereits am 15. Mai hatte ein breites Bündnis von Nichtregierungsorganisationen (NRO) an die Regierungen appelliert, die prozeduralen Probleme bei der Konferenzvorbereitung zu überwinden und substantielle politische Antworten auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise zu geben. Die NRO erwarten von der Konferenz Vereinbarungen vor allem zu folgenden Reformvorschlägen: die Schaffung eines Globalen Panels zu systemischen Risiken in der Weltwirtschaft, das Politiker, Wissenschaftler und Vertreter der Zivilgesellschaft zusammen bringt; die Aufwertung des UN-Expertenausschusses zu Steuerfragen zu einer zwischenstaatlichen Kommission; die politische Verpflichtung zur Einführung einer international koordinierten Finanztransaktionssteuer sowie die Einrichtung eines Globalen Wirtschaftlichen Koordinationsrates innerhalb des UN-Systems.

www.choike.org/nuevo_eng/informes/7515.html

2. EU-Entwicklungsministertreffen in Brüssel

Die 27 EU-Staaten wollen trotz der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise ihre Ausgaben für die Entwicklungshilfe (ODA) nicht kürzen. Beim Treffen der EU-Entwicklungsminister am 18. und 19. Mai in Brüssel wurden die bisherigen Zusagen bekräftigt und versprochen, speziell Afrika und die einkommensschwachen Länder zu unterstützen. Die Ministerinnen und Minister betonten außerdem die Notwendigkeit, alle möglichen Quellen der Entwicklungsfinanzierung zu nutzen, innovative Finanzierungsinstrumente zu entwickeln, die Entwicklungsländer beim Aufbau zuverlässiger Steuersysteme zu unterstützen und Transaktionskosten von Rücküberweisungen zu reduzieren. Im Abschlussdokument betont der Rat weiterhin, dass es zur Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) besonders wichtig ist, umfassende entwicklungsorientierte Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifischen Raums (AKP) zu erarbeiten, die die Interessen der AKP-Staaten in den Vordergrund stellen. Die Minister fordern zudem einen zoll- und quotenfreien Marktzugang für einkommensschwache Länder. Keine Einigung konnte über den Vorschlag der EU-Kommission erzielt werden, in diesem Jahr 500 Millionen Euro zusätzlich für die soziale Sicherung in Entwicklungsländern zur Verfügung zu stellen. EU-Entwicklungskommissar Louis Michel warnte davor, bei der Entwicklungshilfe zu sparen, da die Auswirkungen der Krise Afrika besonders hart treffen. „Es besteht die Gefahr, dass jahrelange Anstrengungen der Entwicklungshilfe ausgelöscht werden“, so Michel.

www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/gena/107918.pdf

Der europäische Dachverband entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen CONCORD begrüßte, dass die EU in ihren Ratsschlussfolgerungen alle Möglichkeiten der Entwicklungsfinanzierung in Betracht zieht. Dennoch bewertete der Verband die Beschlüsse des Rates als unzulänglich, da klare Forderungen an die einzelnen EU-Mitgliedsstaaten fehlten und die ODA-Zusagen auf Länderebene nur in einer Fußnote erwähnt werden. Außerdem enthalte der „whole of union“-Ansatz der EU, der auf einer erweiterten Definition von Entwicklungszusammenarbeit beruht und beispielsweise auch Exportkredite einbezieht, Elemente die in der Vergangenheit sehr wenig zur Armutsreduzierung beigetragen haben. CONCORD rief die EU daher zu mehr Kohärenz auf und forderte, dass europäische Regierungen eine Führungsrolle im entwicklungspolitischen Bereich übernehmen sollten, indem sie ihre Versprechen

einhalten. Im Vorfeld des Entwicklungsministertreffens hatte CONCORD seinen diesjährigen „**Aid Watch**“-**Bericht** vorgelegt, der zeigt, dass die Europäische Union Gefahr läuft, ihre Ziele zur Steigerung von Entwicklungshilfezahlungen um 40 Milliarden Euro zu verfehlen. Der Bericht kommt bei der Analyse der europäischen Entwicklungshilfezahlungen zu dem Schluss, dass die meisten europäischen Geber aufgeblähte ODA-Zahlen angeben und zum Beispiel Schuldenerlasse, Kosten für ausländische Studierende oder für Flüchtlinge einrechnen, ohne dass diese einen unmittelbaren Beitrag zu Entwicklung und Armutsbekämpfung leisten.

www.concordeurope.org/Public/Page.php?ID=4&language=eng

www.concordeurope.org/Files/media/internetdocumentsENG/3_Topics/Topics/Aidwatch/AidWatch-report-2009_light.pdf

Anlässlich des Treffens der EU-Entwicklungsminister hat sich der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) dafür ausgesprochen, bei den Handelsbeziehungen zwischen der EU und den AKP-Staaten Entwicklungsaspekte stärker zu berücksichtigen. Bei den derzeitigen Verhandlungen der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen müsse die EU die Änderungswünsche der AKP-Länder ernst nehmen, so VENRO-Vorsitzende Claudia Warning. Vor allem die Forderungen der AKP-Staaten nach längeren Fristen bei der Umsetzung von Liberalisierungsschritten, nach besserem Schutz von Agrar- und Industrieprodukten vor europäischer Billigkonkurrenz und mehr finanzieller Unterstützung bei der Anpassung der AKP-Ökonomien müssen berücksichtigt werden.

www.venro.org/485.html

Anlässlich des Europatages am 9. Mai hat VENRO ein Positionspapier zu den Wahlen zum Europäischen Parlament am 7. Juni 2009 vorgelegt. In dem Papier „**Für ein verantwortungsvolles Europa in der Welt**“ fordert der Verband Europa auf, globale Verantwortung zu übernehmen und den Entwicklungsländern gerade vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise den Rücken zu stärken. „In Zeiten der Wirtschaftskrise sollte Solidarität mit den Entwicklungsländern eine Priorität für Europa sein, doch das genaue Gegenteil ist der Fall“, kritisiert die VENRO-Vorstandsvorsitzende Warning. Einige EU-Mitgliedsstaaten würden immer mehr von ihren Finanzierungszusagen des ODA-Stufenplans abweichen. Deshalb fordert VENRO in dem Papier eine gerechtere Politik in den Bereichen Entwicklungsfinanzierung, Wirtschafts- und Handelspolitik, Nahrungsmittel- und Agrarpolitik, Klimapolitik, Migration und Geschlechtergerechtigkeit. Außerdem soll sich die EU dafür einsetzen, dass die Accra-Prinzipien zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit umgesetzt werden, für menschenwürdige Arbeit eintreten und eine EU-Haushaltsreform verfolgen, die der Armutsbekämpfung Rechnung trägt.

www.venro.org/fileadmin/redaktion/dokumente/Dokumente_2009/VENRO-EU-Positionspapier_Druckversion.pdf

3. Netzwerk für Innovative Finanzierungsinstrumente gegründet

Am 19. Mai kam in Genf zum ersten Mal die „**I-8 Group for the Millennium Development Goals**“ zusammen. Ziel der zur „Innovative eight“ zusammengeschlossenen Initiativen, UN-Einrichtungen und zivilgesellschaftlichen Vertreterinnen und Vertreter ist es, die Kluft zwischen den Entwicklungszielen und den zur Verfügung stehenden Ressourcen zu überwinden. Durch

Erfahrungsaustausch, koordinierte Aktionen und gegenseitige Unterstützung soll ein informelles Netzwerk geschaffen werden, das die Einführung innovativer Instrumente zur Finanzierung von Entwicklungsausgaben stärkt. Dazu gehören beispielsweise eine Entwicklungsabgabe auf Flugtickets, die Versteigerung von Kohlendioxid-Emissionsrechten, eine Besteuerung von internationalen Devisengeschäften, die Aufnahme von Kapital oder Garantieverpflichtungen zur Entwicklung von Medikamenten und Impfstoffen. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon verwies in seiner Eröffnungsrede für das Netzwerk darauf, dass offizielle Entwicklungshilfemittel von Regierungen durch die Wirtschafts- und Finanzkrise einem extremen Druck ausgesetzt sind. Innovative Finanzierungsinstrumente dürften ODA-Gelder nicht ersetzen, könnten aber einen wichtigen Beitrag zur Armutsbekämpfung leisten.

www.un.org/News/Press/docs/2009/sqsm12257.doc.htm

4. NRO-Forderungen zum G8-Gipfel

Vom 3. bis 4. Mai trafen sich rund 200 Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft aus aller Welt in Rom, um beim „**Civil G8**“ über gemeinsame Positionen und Forderungen gegenüber den G8 zu diskutieren. Dabei wurde von den G8-Staaten vor allem mehr Rechenschaft für ihre Verpflichtungen und Versprechen gefordert, da bisher verbindliche Zeit- und Aktionspläne zur Umsetzung der G8-Beschlüsse fehlen. So wurden zum Beispiel 2007 auf dem Gipfel in Heiligendamm 60 Milliarden US-Dollar zur Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria sowie zur Stärkung der Gesundheitssysteme beschlossen, doch nach wie vor ist unklar, wer wann und in welcher Form die Gelder bereitstellt. Dieses Jahr waren die thematischen Schwerpunkte Weltwirtschaft und Entwicklungsfinanzierung, öffentliche Güter (Wasser, Gesundheit, Bildung), Ernährungssouveränität, Global Governance und Klimawandel. Die in diesen Bereichen erarbeiteten Forderungen wurden im Anschluss an die Sherpas der G8-Staaten übergeben.

www.whiteband.org/Action/take-action/gcap-mobilisation-2009/g8-2009/civil-g8-statement-may-5th-2009.pdf

5. African Economic Outlook 2009

Auch wenn Afrika besonders schwer von der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen ist, könnte der Kontinent die Krise aufgrund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung der letzten zehn Jahre schnell überwinden. Voraussetzung hierfür ist ein verstärktes Engagement der Industrieländer bei der Bereitstellung von Entwicklungshilfemitteln sowie eine verantwortungsvolle Regierungsführung seitens der afrikanischen Staaten. Zu diesem Fazit kommt der Bericht **African Economic Outlook 2009**, der jährlich von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) herausgegeben wird und 47 afrikanische Staaten untersucht hat. Im Sog der globalen Rezession werde sich Afrikas Wachstum 2009 den Prognosen zufolge auf 2,8 Prozent halbieren und sich nächstes Jahr mit 4,7 Prozent langsam erholen. Am härtesten getroffen sind laut Bericht die vom Nahrungsmittelexport abhängigen Länder, die mit einem Preisverfall bei Grundnahrungsmitteln von etwa 40 Prozent konfrontiert werden. Neu ist, dass erstmals Ölexporteure stärker unter der Krise leiden als Ölimporteure. Auch bei der Armutsbekämpfung erwartet die OECD Rückschläge: Nicht einmal der Hälfte der afrikanischen Länder wird es gelingen bis 2015 den Anteil der Armen zu halbieren und die MDG zu erreichen. Die OECD warnt in anbetracht zunehmender wirtschaftlicher Schwierigkeiten vor sozio-politischen Krisen und empfiehlt eine

Erhöhung der weltweiten ODA-Leistungen. Zudem sollten sich afrikanische Staaten verstärkt für eine verantwortliche Regierungsführung einsetzen. Wichtig ist der OECD zufolge neben transparentem und effizientem Regierungshandeln, dass die Länder ein attraktives Investitionsumfeld schaffen und die Staatseinnahmen erhöhen. Als Zukunftssektor sehen die Autoren des Reports insbesondere die Informations- und Kommunikationstechnologien.

www.africaneconomicoutlook.org/en/home/

6. Landkäufe zu Lasten der Armen?

Seit dem Jahr 2006 sind infolge der globalen Nahrungsmittelkrise weltweit 15 bis 20 Millionen Hektar Ackerland in Entwicklungsländern an ausländische Staatsfonds oder private Investoren verkauft worden oder sind derzeit Gegenstand von Verkaufsverhandlungen. Das geht aus einem Policy Brief des **International Food Policy Research Institute** (Ifpri) aus Washington hervor. Das Institut verweist dabei auf die dringend benötigten Investitionen in die Landwirtschaft, die durchaus positive Auswirkungen auf Entwicklungsländer haben können. Gleichzeitig warnt es jedoch davor, dass die Landkäufe zu Lasten der Existenz der armen Bevölkerung sowie ökologischer Nachhaltigkeit gehen könnten. Sie schlagen deshalb die Einrichtung eines Verhaltenskodizes vor, der – ausgestattet mit Sanktionsmechanismen – zu Transparenz in den Verhandlungen, zur Respektierung vorhandener Besitzstrukturen, zu beidseitigem Nutzen, ökologischer Nachhaltigkeit sowie der Berücksichtigung nationaler Handelspolitiken führen soll. Eine aktive Zivilgesellschaft, die sich für veränderte Machtverhältnisse einsetzt, könne einen wichtigen Beitrag zu dessen Umsetzung leisten. Die Landwirtschaftsministerkonferenz der Afrikanischen Union (AU) hat vor kurzem zusammen mit der afrikanischen Entwicklungsbank, der UN-Wirtschaftskommission für Afrika (UNECA) und Vertretern der Zivilgesellschaft Rahmenrichtlinien zur Landpolitik erarbeitet. Im Juli werden die AU-Staats- und Regierungschefs über die Annahme des Entwurfs beraten. Auch ein gerade veröffentlichter Bericht der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) mit dem Titel „**Land Grab or Development Opportunity**“ beschäftigt sich mit der Frage der Landnahme und analysiert dabei Entwicklungen in Äthiopien, Ghana, Mali, Madagaskar und dem Sudan. In diesen Ländern sind dem Bericht zufolge in den vergangenen fünf Jahren 2,5 Millionen Hektar Land an ausländische Investoren abgetreten worden. Hintergrundinformationen zum Thema liefert auch das aktuelle **FoodFirst Magazin** des Netzwerks FIAN.

www.ifpri.org/pubs/bp/bp013.pdf

www.uneca.org/eca_resources/Press_Releases/2009_pressreleases/pressrelease2009.htm; <ftp://ftp.fao.org/docrep/fao/011/ak241e/ak241e.pdf>; www.fian.de

Auch der Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AwZ) hat sich im Mai mit dem Thema Landnahme in Entwicklungsländern beschäftigt. Ein Antrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zu dem Thema wurde dabei abgelehnt. Die Grünen hatten gefordert, Landnahme und die Stärkung von Landrechten auf die internationale Agenda zu setzen und in einer hochrangigen Konferenz mögliche Potenziale, Gefahren und Auswirkungen zu diskutieren. Die Fraktion hatte kritisiert, dass Kauf oder Pacht großer Agrarflächen durch Unternehmen aus Ölstaaten, Industrie- und Schwellenländern Landarbeitern, Bauern und lokalen Kommunen in armen Ländern den Zugang zu natürlichen Ressourcen erschwert. Entwicklungsstrategien zur Hungerbekämpfung und zur

Durchsetzung des Rechts auf Nahrung würden dadurch konterkariert. Die CDU/CSU-Fraktion begründete ihre Ablehnung des Antrags mit dem Argument, die Lösung des Problems liege bei den betroffenen Regierungen; die SPD verwies auf einen Koalitionsantrag zum Thema ländliche Entwicklung aus dem vergangenen Jahr.

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/127/1612735.pdf>

6. GKKE fordert mehr entwicklungspolitische Kohärenz

Die mangelnde Kohärenz der entwicklungspolitisch relevanten Aktivitäten der verschiedenen Ressorts innerhalb der Bundesregierung kann zu Lasten der Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit gehen. Dies ist das Fazit des gerade vorgelegten 8. GKKE-Berichts zur kohärenten Armutsbekämpfung in der deutschen Entwicklungspolitik. Dem Bericht zufolge hat sich in den letzten zwei Jahren der Anteil des Auswärtigen Amtes (AA), des Bundesumwelt- und des Forschungsministeriums an den gesamten Entwicklungsleistungen fast verdoppelt. Etwa eine Milliarde Euro für Entwicklung fließen in diese und andere Ressorts, während dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) rund 5,8 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Diese zunehmenden Aktivitäten anderer Ressorts bieten zwar die Chance, weitere finanzielle und fachliche Ressourcen für die Entwicklungspolitik zu mobilisieren, es besteht aber laut Bericht die Gefahr eines „unkoordinierten Nebeneinanders“, was die Wirksamkeit schmälern könnte. Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE), die von der evangelischen und katholischen Kirche getragen wird, empfiehlt daher eine bessere Koordination aller entwicklungspolitischen Aktivitäten durch das BMZ und die Schaffung eines verbindlichen Rahmens für alle Ressorts, wie sie etwa durch das Aktionsprogramm 2015 angestrebt worden sind oder in Österreich in Form eines Entwicklungsgesetzes bestehen. Auch der Deutsche Bundestag sollte eine aktivere Rolle spielen, zum Beispiel durch die Einforderung eines jährlichen Kohärenzberichts.

www3.gkke.org/fileadmin/files/publikationen/2009/8.bericht_schlussversion.pdf

7. Bericht zur Lage der Welt 2009

Ende des Jahrhunderts könnte die globale Durchschnittstemperatur um bis zu sechs Grad wärmer sein, als zu Beginn der Industrialisierung. Dies stellt der aktuelle „**Bericht zur Lage der Welt 2009**“ des Washingtoner Worldwatch Institute fest. Die deutsche Ausgabe ist am 28. April von der Heinrich-Böll-Stiftung und Germanwatch in Berlin veröffentlicht worden. Gleichzeitig bietet die aktuelle Krise dem Bericht zufolge aber auch die Chance, dem Klimawandel mit strukturellen Veränderungen der Weltwirtschaft entgegen zu treten und ihr ein stärkeres ökologisches Profil zu geben. Gelingt der Aufbau einer kohlenstoffarmen Wirtschaft nicht, droht infolge der Ressourcenknappheit, der schwindenden Biodiversität und der Zunahme von Naturkatastrophen weltweit der Verlust von Arbeitsplätzen, so die Autoren der Studie. Zukunftsweisend sei, durch politische Entscheidungen ökonomische Anreize für Verbraucher zu schaffen. Genannt werden unter anderem eine ökologische Steuerreform, staatliche Zuschüsse zur Gebäudesanierung und der Ausbau innovativer Stromnetze. Der Studie zufolge weist der Verkehrssektor die am schnellsten wachsenden CO²-Emissionen auf. Hier sei es wichtig, in den öffentlichen Nahverkehr und CO²-freie Antriebssysteme zu investieren.

www.worldwatch.org/node/5984

Kurz notiert:

Eine neue Website lädt Organisationen und Bürger der europäischen Zivilgesellschaft dazu ein, sich für die Gründung einer starken UN Behörde für die Rechte von Frauen einzusetzen. Die Europäische Kontaktstelle der „Gender Equality Architecture Reform“ (GEAR) Kampagne stellt auf www.un-gear.eu Informationen und Tools bereit, um sich für Frauenrechte zu engagieren.

Reporter ohne Grenzen und das deutsche Büro der UN-Millenniumkampagne haben am Welttag der Pressefreiheit einen neuen „Expertenblog zur Förderung der freien Medien und für mehr Transparenz und Entwicklung“ gestartet. Unter der Webadresse www.mdgmediablog.un-kampagne.de wird einmal im Monat von Medienexperten über die besondere Bedeutung kritischer Medien für Entwicklung und die Erreichung der MDG berichtet.

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags hat jetzt die von der Bundesregierung beantragten 100 Millionen Euro für den Infrastrukturfonds der Weltbank freigegeben. Die Gelder sind Teil des Konjunkturpakets II. Sie sollen für Infrastrukturmaßnahmen in Entwicklungsländern genutzt werden, die von der Wirtschaftskrise massiv betroffen sind. www.one.org/de/presse/20090508-100mio.html

Termine

28. Mai 2009, Berlin, Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V.

Genug für alle: Können Kleinbauern weltweit die Ernährung sichern?

Vortrag von Krishnammal Jagannathan aus Indien/Alternative Nobelpreisträgerin 2008

Weitere Informationen unter: www.aswnet.de/aktuelles/krishnammal.html

2. Juni 2009, Berlin, Heinrich Böll Stiftung

Obama's Africa Agenda: Bush reloaded?

Podiumsdiskussion

Weitere Informationen unter: www.boell.de/calendar/VA-viewevt-de.aspx?evtid=6320&returnurl=/internationalepolitik/europatransatlantik/europa-transatlantik-5913.html

16. Juni 2009, Berlin, Planet Finance, UP Micro-Loans

Mikrofinanzen in der Kritik - Wie kann der Mikrofinanzsektor den aktuellen Herausforderungen begegnen?

2. „Mikrofinanzen-Frühstück“/Vortrag

Weitere Informationen unter: www.deutschland.planetfinance.org , www.up-micro-loans.org

16. Juni 2009, Berlin, Action for global Health, GAVI Alliance, World Vision

Menschen(s)kinder! Wie erreichen wir MDG 4? Lehren aus den Bereichen Impfung und Ernährungssicherung

Podiumsdiskussion

Weitere Informationen unter: www.trotzaid.de/index.php?pgid=45&phpsid=b3b32i13ov5c5oqj9a9eclbhh2f3bd00

18. Juni 2009, Bonn, Welthungerhilfe

How to feed the world tomorrow? - Leitbilder einer zukünftigen Welternährung
Symposium

Weitere Informationen unter: www.venro.org/termine.html

19. Juni 2009, Köln, InWent, erlassjahr.de, BMZ

10 Jahre Kölner Entschuldungsinitiative - aktuelle Herausforderungen
Podiumsdiskussion

Weitere Informationen unter: www.erlassjahr.de/termine/koeln-1999-2009.html

20. Juni 2009, Hamburg, Marie-Schlei-Verein

Frauen und Entwicklung
Fachkonferenz

Weitere Informationen unter: www.marie-schlei-verein.de/

26.-28. Juni 2009, Hannover, Brot für die Welt, FIAN, Germanwatch

Recht auf Nahrung im Klimawandel
Multiplikatoren-Training

Weitere Informationen unter: www.fian.de/fian/index.php?option=content&task=view&id=636&Itemid=451

Herausgeber:

VENRO

Projekt „Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung“

Chausseestr. 128/129

10115 Berlin

Tel.: 030/280 466-70 / -71

Fax: 030/280 466-72

E-Mail: berlin@venro.org

Internet: www.2015.venro.org

Redaktion: Claus Körting & Merle Bilinski (V.i.S.d.P.)

Mitarbeit: Henrik Wiegelmann

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung